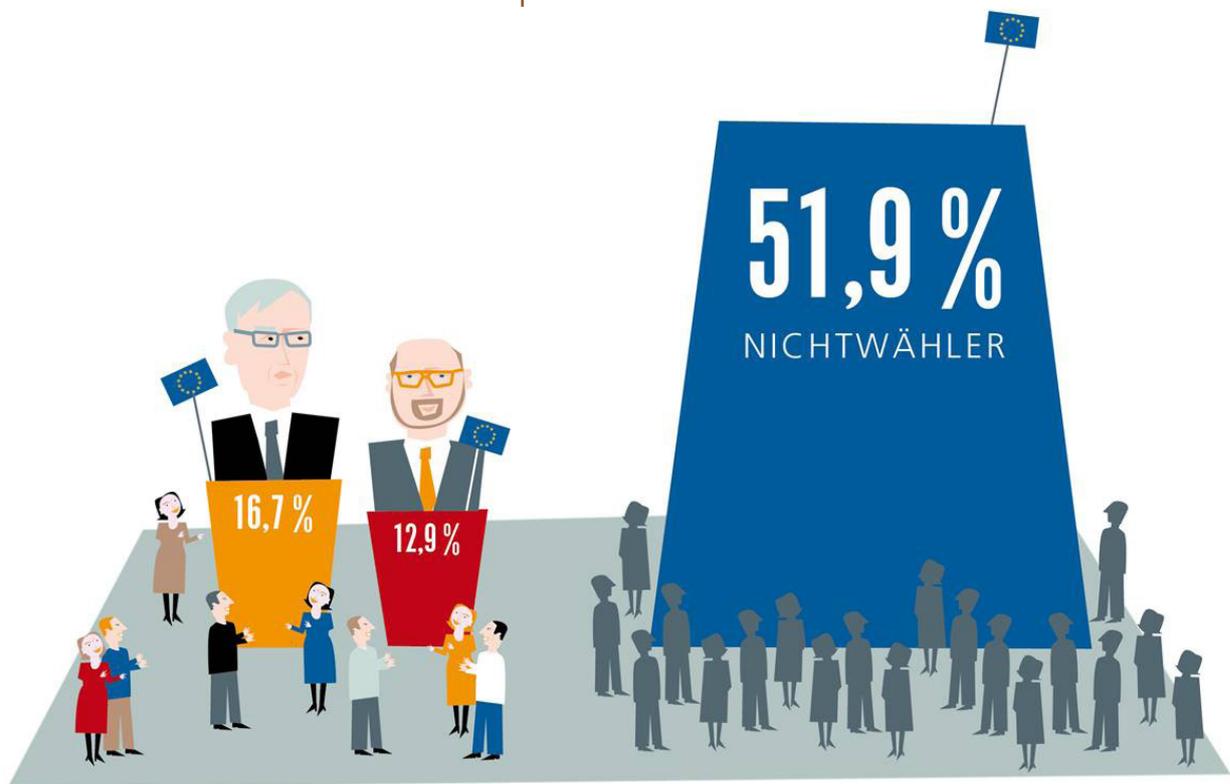


EINWURF

ZUKUNFT DER DEMOKRATIE 1 | 2014



Europawahl 2014 – warum die sozial gespaltene Wahlbeteiligung Europa schadet

Bereits für die Bundestagswahlen 2013 galt: Je prekärer die sozialen Lebensverhältnisse, desto geringer die Wahlbeteiligung. Daraus folgt, dass wachsende regionale und soziale Unterschiede zu politischer Ungleichheit führen (EINWURF 3/2013). Noch deutlicher zeigt sich die soziale Spaltung unserer Demokratie bei der Europawahl 2014: Die im Vergleich zur Bundestagswahl deutlich geringere Wahlbeteiligung verschärft die soziale Selektivität. Das Ergebnis der Europawahl ist sozial noch weniger repräsentativ als das der Bundestagswahl.

Autor



Jérémie Gagné
Jeremie.Felix.Gagne
@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81263

Quellenverweis

Angaben zur Spreizung der Wahlbeteiligung in 400 Stimmbezirken entstammen der Wahltagsbefragung von Infratest dimap.

Eigene Berechnungen zur Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 basieren auf:

- www.bundeswahlleiter.de
- dem Webangebot der statistischen Ämter der untersuchten Städte (Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hannover, Leipzig, Mainz, München, Köln, Krefeld, Stuttgart, Wiesbaden und Wuppertal)
- www.europarl.europa.eu dem europäischen Parlamentsportal

Sozial gespaltene Wahlbeteiligung bei der Europawahl

Schon bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 waren große räumliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung nachweisbar, die die Unterschiede in den Lebensverhältnissen der Wähler widerspiegelten. Es galt: Je prekärer die Lebenslage, d. h. je geringer der Bildungsstand und das Einkommen in einem Stadtteil oder Stimmbezirk, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Dasselbe Muster zeigt sich in verschärfter Form nun auch bei der Europawahl 2014: Die soziale Selektivität der Wählerschaft war noch ausgeprägter als bei den letzten beiden Bundestagswahlen.

Das Ausmaß der Unterschiede auf kleinräumiger Ebene ist enorm: Vergleicht man in 400 Stimmbezirken deutschlandweit die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Stimmbezirke mit der jeweils höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung (oberstes und unterstes Zehntel), unterscheidet sich diese bei der Europawahl 2014 um 37 Prozentpunkte. Im wählerstärksten Zehntel aller Stimmbezirke lag die Wahlbeteiligung bei 66,5 Prozent, während sich im wählerschwächsten Zehntel lediglich 29,3 Prozent an der Wahl beteiligten. Damit war die Differenz zwischen den Wähler- und Nichtwählerhochburgen noch einmal um sieben Prozentpunkte stärker ausgeprägt als bei der Bundestagswahl 2013.

Ein ähnliches Muster zeigt auch der Vergleich zwischen den einzelnen Stadtteilen von Großstädten. Analysiert man für insgesamt 15 deutsche Großstädte die Europawahlbeteiligung auf der Ebene von Stadtteilen (insgesamt knapp 480 Stadtteile), dann fallen im Vergleich zur Bundestagswahl vor allem drei Aspekte auf:

„Auch für die Europawahl 2014 gilt:
Je prekärer die Lebensverhältnisse,
desto niedriger die Wahlbeteiligung.“

- Auch in den Großstädten zeigt sich bei der Europawahl eine deutliche Spaltung in Wähler- und Nichtwählerhochburgen: Im obersten

Zehntel der Stadtteile, den Wählerhochburgen, lag die Wahlbeteiligung um mehr als 33 Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung im untersten Zehntel, den Nichtwählerhochburgen. Damit war auf der Ebene der Stadtviertel die Kluft zwischen wählerstarken und wählerschwachen Stadtvierteln noch größer als bei der Bundestagswahl. Denn im September 2013 betrug in denselben 15 Städten die Kluft zwischen der Wahlbeteiligung im obersten bzw. untersten Zehntel der Stadtteile noch 25 Prozentpunkte, also acht Prozentpunkte weniger.

- Diese räumlichen Unterschiede in der Wahlbeteiligung folgen nahezu „eins zu eins“ dem sozialen Muster der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl. Wie schon bei der Bundestagswahl, war die Wahlbeteiligung in sozial prekären Stadtvierteln deutlich niedriger als in den sozial bessergestellten Stadtteilen.

Die soziale Situation eines Stadtviertels bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung: Je mehr Menschen einem der sozial prekären Milieus angehören, umso geringer ist die Wahlbeteiligung, und je größer der Anteil der sozial bessergestellten Milieus in einem Stadtviertel ist, umso mehr Menschen haben sich auch an der Europawahl beteiligt.

- Das insgesamt im Vergleich zur Bundestagswahl geringere Niveau der Europawahlbeteiligung verschärft die *relative* Ungleichheit der Wahlbeteiligung. Deutlich wird das an folgendem Zahlenbeispiel aus Köln: Obwohl im reichen Stadtteil Hahnwald die Europawahlbeteiligung mit fast 23 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl sogar noch stärker abgenommen hat als im sozial prekären Kölner Plattenbauviertel Chorweiler (minus 17 Prozentpunkte), hat sich die relative Ungleichheit der Wahlbeteiligung bei der Europawahl dennoch verschärft: Während bei der Bundestagswahl in Hahnwald die Wahlbeteiligung „nur“ etwas mehr als doppelt so hoch lag wie in Chorweiler, war die Wahlbeteiligung bei der Europawahl in Hahnwald mit 66 Prozent schon deutlich mehr als zweieinhalb Mal so hoch wie in Chorweiler (25,6 Prozent).

Dieser Anstieg der relativen Ungleichheit ist über alle bundesweit 480 untersuchten Stadtviertel hinweg zu beobachten. Bei der Bundestagswahl ergab sich noch ein Verhältnis von rund 50 Prozent Wahlbeteiligung im untersten Zehntel der 480 Stadtteile zu rund 80 Prozent im obersten Zehntel. Bei der Europawahl verschlechterte sich dieses Verhältnis von 50:80 auf 30:60. Während bei der Bundestagswahl also die Wahlbeteiligung in den sozial bessergestellten Stadtvierteln „nur“ gut anderthalb mal so hoch war wie die in den sozial prekären Stadtvierteln, lag sie bei der Europawahl doppelt so hoch. Das bedeutet: Die Bewohner der wählerstärksten wohlhabenden Stadtviertel beteiligten sich bei der Europawahl im Schnitt doppelt so stark wie die Menschen aus den wählerschwachen sozial prekären Stadtteilen. Auch im Wahlergebnis sind damit die Interessen der sozial bessergestellten Stadtviertel gegenüber den Interessen der sozial prekären Stadtviertel überproportional stark vertreten.

Aufgrund der insgesamt niedrigeren Wahlbeteiligung ist die deutsche Demokratie bei der Europawahl damit noch stärker sozial gespalten, als dies schon bei Bundestagswahlen der Fall war. Damit ist auch das Ergebnis der Europawahl 2014 noch weniger sozial repräsentativ als das Bundestagswahlergebnis 2013.

Große Unterschiede in den Einstellungen zu Europa in der Bevölkerung

Die soziale Spaltung spiegelt sich auch in den Einstellungen der Menschen zu Europa wider – und auch hier zum Teil noch deutlicher als gegenüber der Bundesebene.

Quellenverweis

Alle genannten Umfragedaten zur Europawahl sind zwei Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Mai und Juni 2014 entnommen.

Alle in diesem Text verwendeten Daten zur Bundestagswahl 2013 sind folgenden Studien der Bertelsmann Stiftung entnommen:

Petersen/Hierlemann/Vehrkamp/Wratil (2013): Gespaltene Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013.

Schäfer/Vehrkamp/Gagné (2014): Prekäre Wahlen – Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.

Mit Blick auf nationale Politik sind es zuallererst Menschen aus prekären, ökonomisch schwachen Verhältnissen, die sich dem System gegenüber entfremdet und indifferent zeigen. Zwischen ihnen und den Menschen der Mittel- und Oberschicht liegt bei den Einstellungen zur deutschen Demokratie eine große Kluft. Dagegen sind die Unterschiede innerhalb der oberen zwei Drittel der Gesellschaft eher gering. Ein Beispiel: 21 Prozent der Ober- und oberen Mittelschicht und 26 Prozent der Mittelschicht halten politisches Engagement im Allgemeinen für sinnlos – in der sogenannten Unterschicht sind es 44 Prozent.

Mit Blick auf Europa ist jedoch auch die Mittelschicht zunehmend skeptisch: Hier liegen die mittleren und unteren Schichten recht nah beieinander, während sich allein die Ober- und obere Mittelschicht mit positiveren Einstellungen nach oben absetzt. 54 Prozent der Befragten aus der Unterschicht und sogar 55 Prozent der Menschen der Mittelschicht betrachten europapolitisches Engagement als sinnlos. In den oberen Schichten sehen das dagegen nur 38 Prozent so. Sich für Europapolitik zu interessieren, betrachten nur 32 Prozent der unteren Schicht und 30 Prozent der Mittelschicht als Bürgerpflicht – in der Oberschicht sind es immerhin 44 Prozent.

Während es also im nationalen Rahmen vor allem die unteren Schichten sind, die von der Politik abgewendet sind, sind es mit Blick auf Europa die oberen Schichten, die der Politik überproportional zugewendet sind. Zugleich wechselt die Mittelschicht die Seiten: Während sie auf nationaler Ebene näher an den Einstellungen der Oberschicht liegt, ist sie hinsichtlich der größeren Distanziertheit und Indifferenz gegenüber der Europapolitik nahe bei den unteren Schichten angesiedelt. Mit Blick auf Europa haben sich somit nicht nur die sozial schwächeren Schichten, sondern längst auch die Mittelschicht auf die Seite der eher desinteressierten Skeptiker geschlagen. Europa droht zu einem zunehmend exklusiven Anliegen der sozialen Oberschichten zu werden.

Diese schichtspezifischen Unterschiede im Interesse für Europa schlagen sich auch in der Wahlabsicht nieder. Aus der Gruppe mit dem höchsten Einkommen sagten 48 Prozent, sie würden „ganz sicher“ zur Wahl gehen, aus der mittleren Einkommensgruppe sagten das 42 Prozent, in der untersten Gruppe dagegen nur noch 36 Prozent.

Soziales Umfeld beeinflusst die individuelle Wahlbeteiligung

Auch das eigene soziale Umfeld hat einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit des Einzelnen, zur Wahl zu gehen: Von den Befragten, die kurz nach der Europawahl angaben, gewählt zu haben, meinten rund 49 Prozent, die Meisten in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis hätten ebenfalls gewählt. Rund 34 Prozent meinten, immerhin die Hälfte hätte gewählt.

Bei denjenigen, die nach eigener Angabe nicht gewählt hatten, zeigte sich das Gegenteil: Nur 7,4 Prozent meinten, auch die meisten Freunde und Bekannten hätten gewählt. Über 45 Prozent der Nichtwähler glaubten dagegen, auch in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis habe sich nur eine Minderheit an der Wahl beteiligt. Menschen aus gehobenen sozialen Lebensverhältnissen, in deren Umfeld die Teilnahme an Wahlen eine soziale Norm ist, weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, sich an der Wahl zu beteiligen. In prekären Lebensverhältnissen, in denen Politik kaum ein Thema ist, droht dagegen eine sich selbst verstärkende Spirale der Nichtwahl. Die Entscheidung zur Wahl zu gehen oder nicht, hängt zu einem großen Teil vom sozialen Umfeld, vom Freundeskreis und der Familie sowie von der Intensität der Diskussionen über Politik ab, die dort geführt werden.

Gestiegene Wahlbeteiligung – warum?

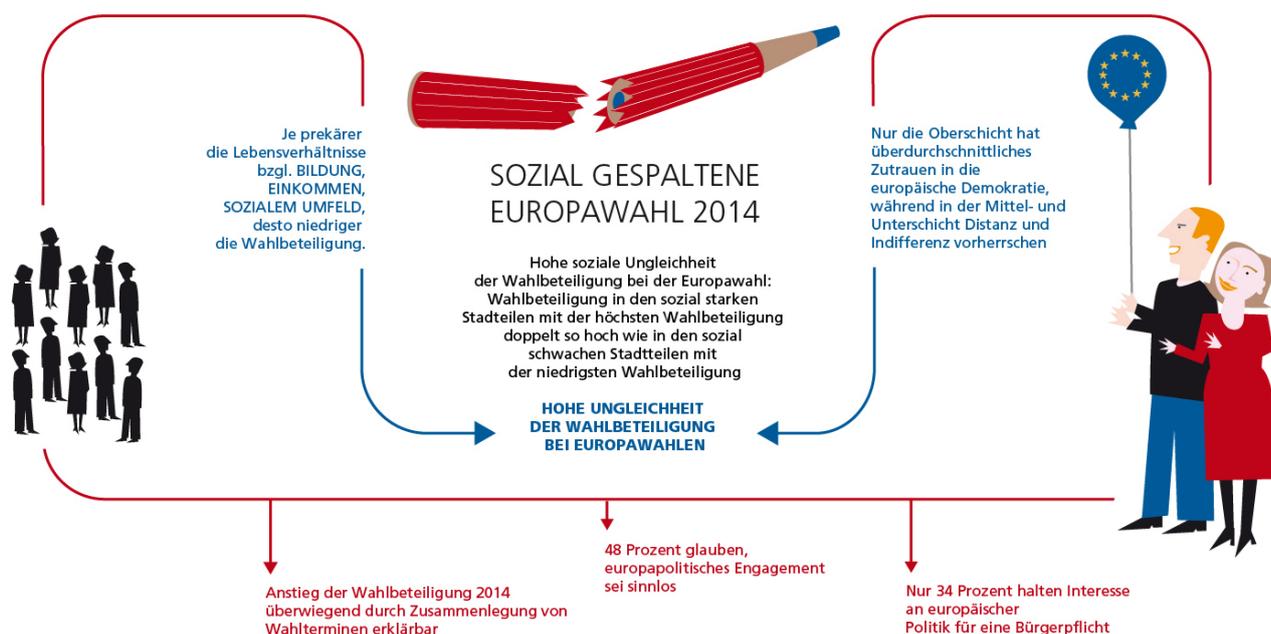
Wie aber ist in diesem Zusammenhang der leichte Anstieg der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 einzuordnen? Deutet sich darin bereits eine Trendwende an, aus der sich längerfristig auch eine Relativierung der sozialen Spaltung der Demokratie ableiten lässt? Denn auf den ersten Blick hat es ja den Anschein, als könnte man mit der Höhe der Wahlbeteiligung in Deutschland bei der Europawahl vom 25. Mai durchaus zufrieden sein. Immerhin gaben diesmal knapp drei Millionen Wähler mehr ihre Stimme ab als fünf Jahre zuvor. Von 43,3 Prozent 2009 stieg die Wahlbeteiligung auf nunmehr immerhin 48,1 Prozent. Damit lag der deutsche Wert erstmals seit langem wieder deutlich über dem EU-Durchschnitt, der sich mit 42,5 Prozent im Vergleich zu 2009 (43 Prozent) leicht verschlechterte.

„Bei der deutschen Beteiligung an der Europawahl gibt es keine positive Trendwende und damit auch keinen Grund zur Entwarnung.“

Unter den 27 weiteren EU-Mitgliedstaaten wiesen insgesamt nur acht eine höhere Wahlbeteiligung auf als die Bundesrepublik – darunter Länder mit Wahlpflicht wie Belgien, Luxemburg oder Griechenland (formelle Wahlpflicht). Daneben fiel die Wahlbeteiligung in vielen anderen Ländern

deutlich niedriger aus: In den Niederlanden und Großbritannien betrug sie zwar immerhin noch 37 bzw. 35 Prozent, aber in osteuropäischen Staaten wie Polen (23,8 Prozent), Tschechien (18,2 Prozent) oder dem „Schlusslicht“ Slowakei (13 Prozent) nahm nur mehr ein Bruchteil der Wahlberechtigten an der Europawahl teil. Gemessen hieran wirkt der deutsche Wert zunächst erfreulich.

Doch wodurch erklärt sich der Anstieg der Wahlbeteiligung? Neuerungen bei der Europawahl könnten dazu geführt haben, dass mehr Bürger ihre Stimme abgaben. So gab es mit Jean-Claude Juncker und Martin Schulz zum ersten Mal europaweite Spitzenkandidaten, die in TV-Duellen sogar auf Deutsch miteinander diskutieren konnten, woraus sich eine zusätzliche Aktivierung von Wählern ableiten ließe.

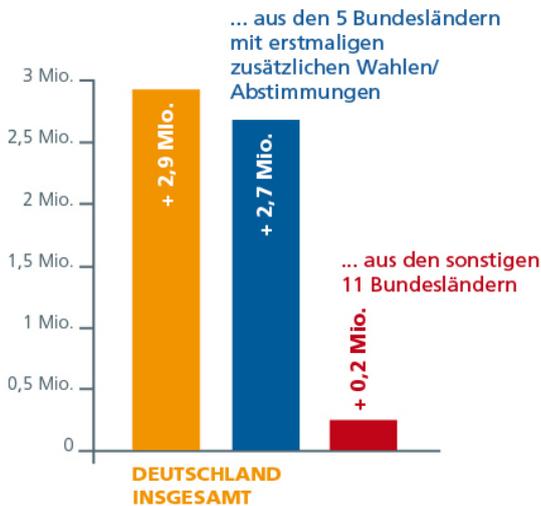


Darüber hinaus lohnt aber vor allem ein Blick auf die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen den 16 deutschen Bundesländern, denn in zehn Ländern fanden parallel zur Europawahl auch Kommunalwahlen statt, dazu in einem weiteren flächendeckende Direktwahlen der Bürgermeister, in einem anderen ein umstrittener Volksentscheid. In zwölf Bundesländern gab es also für die Menschen einen zusätzlichen Anlass, zur Wahl zu gehen. Bereits bei der Europawahl 2009 hatten sieben Länder am Tag der Europawahl ihre Kommunalwahlen abgehalten und dadurch eine deutlich höhere Europawahlbeteiligung als im gesamten Bundesdurchschnitt erreicht (zusammen 50,3 Prozent gegenüber 43,3 Prozent). Mit Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Brandenburg hatten in diesem Jahr drei weitere Länder ihre Kommunalwahlen mit der EU-Wahl zusammengelegt, und allein in diesen drei Bundesländern legte die Wahlbeteiligung um durchschnittlich 14 Prozentpunkte (von 37 auf 51 Prozent) zu, während der deutschlandweite Anstieg bei lediglich 4,8 Prozentpunkten lag.

Berücksichtigt man nun noch den kontroversen Tempelhof-Volksentscheid und die dadurch um ein Drittel gestiegene Wahlbeteiligung in Berlin sowie die zahlreichen Direktwahlen in Niedersachsen, wird deutlich: Von den insgesamt 2,9 Millionen zusätzlichen deutschen Wählerstimmen am 25. Mai stammten gut 2,7 Millionen aus eben den fünf Bundesländern, die in diesem Jahr erstmals mit der Europawahl auch andere Wahlen bzw. eine Abstimmung durchgeführt haben.

Es spricht also einiges dafür, dass sich der Anstieg der Wahlbeteiligung bei der Europawahl zu einem überwiegenden Teil aus der Zusammenlegung mit anderen Wahlen ergibt. Eine Trendwende der Europawahlbeteiligung in Deutschland lässt sich daraus jedenfalls nicht ableiten.

WAHLBETEILIGUNG BEI DER EUROPAWAHL 2014: Woher die zusätzlichen Wähler kamen ...



Dabei wäre eine solche Trendumkehr dringend nötig, denn die deutsche Beteiligung an der Europawahl ging seit 1979 stetig zurück und sank von 65 Prozent (1979) bis auf 43 Prozent (2009). Zwar spiegelt die kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung bei Europawahlen einen Trend wider, der sich auch bei anderen Wahlen in Deutschland zeigt. Auch die Beteiligung an der Bundestagswahl sank von über 90 Prozent 1972 stetig ab auf nur noch knapp 71,5 Prozent im Jahr 2013. Sowohl absolut als auch relativ ging die Beteiligung an Europawahlen jedoch noch stärker zurück als die Beteiligung an Bundestagswahlen.

Europa und die deutschen Bürger – ein distanzierteres Verhältnis?

Was sind die Gründe für eine derart niedrige Beteiligung speziell an Europawahlen? Ein Erklärungsstrang besagt, dass viele Bürger die Europawahl als „second-order election“ und damit als nachrangig zu den Wahlen zum deutschen Bundestag wahrnehmen. Dieses Schicksal teilt die Europawahl mit den deutschen Landtags- und Kommunalwahlen. Die Folge: Während es zumeist als Bürgerpflicht angesehen wird, bei der Bundestagswahl seine Stimme abzugeben, ist dieses Pflichtgefühl bei den anderen Wahlen weniger stark verankert und die Wahlbeteiligung deshalb niedriger. Laut einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach betrachten rund 73 Prozent der Wahlberechtigten Wahlen als ihre Bürgerpflicht. Dieser Wert deckt sich fast genau mit der tatsächlichen Bundestagswahlbeteiligung vom September 2013 (71,5 Prozent). Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 blieb hingegen 25 Prozentpunkte dahinter zurück.

Ein zweiter Strang zieht die Einstellungen und Bewertungen der Deutschen gegenüber der EU zur Erklärung der geringeren Beteiligung an der Europawahl heran. Im Vergleich zu den Einstellungen gegenüber der nationalstaatlichen Demokratie zeigen die Befragungsdaten des Instituts für Demoskopie Allensbach ein insgesamt distanzierteres Verhältnis vieler Menschen zur Demokratie in Europa:

- 15 Prozent der Befragten waren „sehr zufrieden“ und 67 Prozent „einigermaßen zufrieden“ mit der Demokratie in Deutschland – insgesamt also 82 Prozent.
- Bei der EU waren nur sieben Prozent „sehr zufrieden“ und 55 Prozent waren „einigermaßen zufrieden“ mit der Demokratie – also 62 Prozent.
- Auch in der Negativabfrage bestätigt sich der Eindruck: 26 Prozent zeigten sich „nicht zufrieden“ mit der Demokratie in der EU, verglichen mit elf Prozent bei der Demokratie in Deutschland.

Weiterführende Literatur:

Schäfer, Armin (2014): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Campus: Frankfurt am Main (im Erscheinen).

Geißel, Brigitte (2011): Politische (Un)-Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3/2011. Abrufbar auf: <http://www.bpb.de/apuz/144109/politische-un-gleichheit?p=all>

Petersen/Hierlemann/Vehrkamp/Wratil (2013): Gespaltene Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013

Ein vergleichbares Bild bietet sich bei der Frage nach dem Engagement und dem Einsatz Einzelner. Der Aussage, dass der Einsatz des Einzelnen für europapolitischen Themen sinnlos sei, stimmte im Juni 2014 fast jeder zweite Deutsche zu (48 Prozent), während 46 Prozent widersprachen. Im Vorfeld der Bundestagswahl befanden dagegen lediglich 27 Prozent der Befragten, dass politisches Engagement im Allgemeinen sinnlos sei – eine klare Mehrheit von 60 Prozent sah dies anders.

Analog hierzu betrachtet es nur eine Minderheit der Deutschen als Bürgerpflicht, sich auch für europäische Politik zu interessieren. Lediglich 34 Prozent zählten dies zur Aufgabenbeschreibung eines „guten Bürgers“. Dagegen meinten 53 Prozent der Menschen, politisches Interesse für Entwicklungen in der eigenen Gemeinde sei unverzichtbar; immerhin noch 44 Prozent hielten es für notwendig, sich regelmäßig allgemein politisch zu informieren.

Fazit: Soziale Ungleichheit schadet der Demokratie in Europa

Als Gesamtbefund zeigt sich damit auch für die Europawahlen: Eine niedrige Wahlbeteiligung ist immer zugleich eine sozial ungleiche Wahlbeteiligung. Aus sozialer Ungleichheit wird damit eine politische Ungleichheit, die wiederum die Distanziertheit und Unzufriedenheit vor allem der sozial schwächeren Wahlbevölkerung verschärft, und die Wahlbeteiligung gerade dieser Schichten unserer Gesellschaft weiter schwächt. Eine gefährliche Spirale der Nichtwahl, die unserer Demokratie schadet, auch der europäischen Demokratie.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81526

Redaktion: Christina Tillmann, Dr. Dominik Hierlemann
Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105
August 2014 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.